

Ein offener Brief an das Kuratorium des DIW

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung ist im Gerede. Woche für Woche erscheinen diffamierende Berichte über das Institut und seine Organe, seit Monaten wird die Wahrnehmung der wissenschaftlichen Arbeit des Instituts in der Öffentlichkeit verdrängt von Gerüchten und Vermutungen über Fehlverhalten des Präsidenten Klaus Zimmermann. Neben kritischen Rechnungshofberichten ist die Rede von verlorenen arbeitsgerichtlichen Auseinandersetzungen des Präsidenten mit Mitarbeitern, von Mobbing oder von der Aufblähung der Verwaltung zu Lasten der Forschung. Die Dependance in Washington ebenso wie der Umzug des Instituts in die Stadtmitte werden als Zeichen einer neuen „Scheinkultur“ empfunden.

In dieser Woche wird nun berichtet, die Führung des Kuratoriums solle neu geordnet werden, um diese untragbare Entwicklung zu beenden. Das mag ein notwendiger Schritt sein, auch um künftig die Mitarbeiter besser vor erratischen Entscheidungen des Präsidenten zu schützen. Hinreichend für die Wiederherstellung der Reputation des Instituts ist er sicher nicht. Der Blick auf die beiden entscheidenden Probleme des heutigen DIW sollte dadurch nicht verstellt werden.

Erstens, die durch den Wissenschaftsrat vor zehn Jahren verordnete, vollkommen auf den Präsidenten zugeschnittene neue Satzung hat sich als grandioser Fehlschlag erwiesen. Durch diese Satzung wurde aus einem von seinen hoch motivierten Mitarbeitern geprägten Forschungsinstitut, das aus der deutschen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungslandschaft herausragte, ein äußerst mittelmäßiges, ja ein „normales“ Institut. Das „alte DIW“ mit seiner Mitbestimmung der Mitarbeiter und Abteilungsleiter und einem Präsidenten als primus inter pares war ein auf direkte wirtschaftspolitische Beratung ausgerichtetes Institut. Es zeichnete sich aus durch einen Wettbewerb der Ideen und brauchte gerade wegen seiner einmaligen inneren Diskussionskultur keine Auseinandersetzung mit universitären Einrichtungen und anderen Instituten zu scheuen. Das war offensichtlich wissenschaftspolitisch nicht mehr gewollt: Diese kritische Institution sollte im Elfenbeinturm der „normalen Wissenschaft“ verschwinden und - wie tausende andere - nichtssagende, aber referierte Artikel produzieren. Mit Klaus Zimmermann wurde die Person gefunden, die diese Fehlentscheidung mehr als konsequent exekutierte.

Zweitens, das alte DIW zeichnete sich durch seine keynesianische Ausrichtung aus. Es war in Deutschland das einzige große Institut, das konsequent über viele Jahre die Ideen kultivierte und fortentwickelte, die man heute dringender denn je braucht. Das alte DIW wusste, wie gefährlich eine auf Finanzerträge und nicht auf reale Erträge ausgerichtete volkswirtschaftliche Orientierung ist. Das alte DIW hatte eine geldpolitische Konzeption, die heute nur als absolut modern beschrieben werden kann, es entwickelte z. B. die Taylor-Regel vor Taylor. Das alte DIW kannte den Ursprung und die Bedeutung internationaler Handelsungleichgewichte, die heute im Euroraum und global für so viel Verunsicherung sorgen. Das alte DIW hatte sich mehr als alle anderen mit Fragen der öffentlichen Haushalte und ihrer Nachhaltigkeit auseinandergesetzt und wäre für die heutigen Herausforderungen der Finanzpolitik gut gewappnet gewesen. Das alte DIW setzte sich theoretisch, praktisch und kritisch mit der Rolle der Löhne für die Beschäftigung auseinander und hätte heute wertvolle Hinweise für Mindestlöhne und die Lohnfindung in einer globalisierten Wirtschaft geben können. Im Bereich der europäischen Integration

hätte das alte DIW weiterführende Aussagen machen können. Für aktuelle verkehrspolitische Fragestellungen wäre es ein gesuchter Ratgeber gewesen. Diese Liste ließe sich für andere Forschungsbereiche fortsetzen.

Das neue DIW weiß das alles nicht mehr, weil es unter Führung von Herrn Zimmermann darauf verzichtet hat, ein konsistentes Forschungs- und Beratungsgebäude weiterzuentwickeln. Es hat sich statt dessen der üblich gewordenen wissenschaftlichen Rosinenpickerei verschrieben, die alles und nichts erklärt. Solch wissenschaftliche „Flexibilität“ lässt aber die politisch Verantwortlichen regelmäßig ratlos zurück, weil man aus einer inkonsistenten, meist als „pluralistisch“ bemäntelten Position jede beliebige Schlussfolgerung ableiten kann. Auch deswegen kommt das DIW bei der von der Regierung vergebenen Gemeinschaftsdiagnose erneut nicht zum Zuge.

Das ist das eigentliche Versagen des neuen DIW: Es kann sicher mehr referierte Aufsätze in „anerkannten Journals“ nachweisen als das alte, aber es hat keine wirtschaftspolitische Position mehr, über die das Nachdenken in Wissenschaft und Politik lohnte. Das Institut ist gesichtslos und austauschbar geworden. Damit ist auch der deutschen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungslandschaft ein großer Verlust entstanden, der in der Finanzkrise schmerzlich spürbar wird. Ein keynesianisches Institut auf neoklassisch angehauchten Mainstream getrimmt zu haben in einer Zeit, in der international und national der Keynesianismus die einzige politisch relevante Lehre ist, ist eine forschungspolitische Fehlleistung ersten Ranges. Diese ist eindeutig dem Präsidenten zuzurechnen.

Die Unterzeichner sind ehemalige Mitarbeiter des DIW.

Erstunterzeichner, Stand 13. März 2010

Detlef Filip, Heiner Flassbeck, Ernst Hagemann, Peter Hrubesch, Wolfgang Jeschek, Martina Kauffeld-Monz, Horst Lambrecht, Volker Meinhardt, Barbara Meisner, Karin Müller-Krumholz, Heinrich Machowski, Jochen Schmidt, Bernhard Seidel, Friederike Spiecker, Frank Stille, Dieter Teichmann, Ulrich Voigt, Joachim Volz, Herbert Wilkens, Hans-Joachim Ziesing